

Gegen mehr Transparenz

Rat lehnt Motion ab

Basel. Der grüne Michael Wüthrich wollte seinen Ohren nicht trauen. Mit erhobener Stimme sprach er zu seinen Ratskollegen: «Dass Sie gegen Transparenz sind! Denken Sie an die BVB-Million.» Es nützte alles nichts. Der Grosse Rat lehnte seine Motion mit 64 zu 16 Stimmen bei sieben Enthaltungen ab. Mit dieser wollte Wüthrich erreichen, dass der Austausch von Regierungsräten mit dem Verwaltungsrat von ausgelagerten Unternehmen kontrolliert wird. Konkret forderte er, dass die Gespräche zwischen Departementsvorstehern und Verwaltungsrat in substantiellen Protokollen festgehalten werden. Diese sollten gegebenenfalls von der Geschäftsprüfungskommission eingesehen werden.

Unterstützt wurde Wüthrich vor allem von den Grünliberalen. Kein Verständnis für das Anliegen konnte indes Finanzdirektorin Eva Herzog aufbringen. Die Motion bringe nichts Neues. ale

Mit Fachmatur an die Uni

Passerelle-Lehrgang möglich

Basel. Auch Abgänger der Fachmaturitätsschule werden künftig den Passerelle-Lehrgang besuchen können. Bislang war diese Zusatzschleife für den Besuch einer Universität den Absolventen der Berufsmatur vorbehalten. Mit dem Besuch der Passerelle und dem Bestehen der Ergänzungsprüfung können sich jetzt auch Fachmatur-Absolventen an einer Hochschule oder Uni immatrikulieren. Der Grosse Rat hat das Schulgesetz revidiert und neuem Bundesrecht angepasst. Dadurch rechnet Basel-Stadt mit etwa 20 Absolventen zusätzlich pro Jahr und Mehrkosten von rund 100 000 Franken. #f

Angst vor der freien Wahl

Der Grosse Rat lehnt eine verbindliche Schulhauswahl ab

Von Franziska Laur

Basel. Mit einer Motion wollte Katja Christ (GLP) erreichen, dass die verbindliche Schulhauswahl durchgeführt wird. Heute können Eltern und Schüler zwar drei Möglichkeiten ankreuzen, doch die Garantie, dass die Kinder in ein Schulhaus ihrer Wahl gehen können, gibt es nicht. Eine Scheinauswahl also – und dabei geht es nicht einfach um das Schulhaus, sondern darum, dass an den Sekundarschulen auf verschiedene Weise unterrichtet wird. So wollte Christ im Endeffekt, dass die Kinder ein Modell besuchen können, das ihnen entspricht.

Doch viele Parlamentarier wehrten sich: «Das Schulsystem ist jetzt schon genug flexibel», sagte Pascal Messerli im Namen der SVP. «Die freie Wahl des Unterrichtsmodells würde dazu führen, dass gewisse Schulhäuser leer und andere übervoll wären», sagte Catherine Alioth für die LDP. Ein Paradigmenwechsel wäre mit hohen Kosten verbunden. «In Basel ist die Reform jung. Es soll jetzt Ruhe einkehren.»

Auch Andrea Knellwolf empfahl im Namen der CVP/EVP Ablehnung: Sie sprach von Stress und Gefahr für die Chancengleichheit im Falle der Einführung dieser Wahlmöglichkeit. Allerdings gab sie auch ihrem Missfallen über das jetzige System Ausdruck. «Die Unterrichtsmodelle sollten überdacht werden. Das jetzige Modell hat zu starke Nachteile.» Doch mit dieser Motion sei das Problem nicht zu lösen.

Bei Konfitüre hat man die Wahl

Ins Gefecht für die Motion warf sich Stephan Mumenthaler (FDP): Wahlfreiheit sei auch bei der Bildung wichtig. Er erlebe in diesem Bereich zunehmend eine Planwirtschaft und dies schmerze ihn als Vater: «Wenn ich Konfitüre kaufe

habe ich unendliche Wahlmöglichkeiten, aber welche Bildung mein Kind geniessen soll, ist definiert.» Verschiedene Optionen gebe es ja, nun sei doch die Frage, wer welche bekomme. Und wenn eine Option mehr nachgefragt sei, so müsse diese vermehrt angeboten werden und das Kind eventuell einen weiteren Weg in Kauf nehmen.

Franziska Roth (SP) ortete zwar auch Verbesserungspotential bei der heutigen Schule. Doch diese Motion gehe viel zu weit und führe zu Problemen: Die Durchlässigkeit wäre nicht gewährleistet. Ausserdem wies auch sie auf die Gefahr der übervollen Schulhäuser auf der einen Seite und der leeren auf der anderen hin. Und wenn man das beliebteste Schulmodell überstürzt an mehreren Schulhäusern einführen müsste, würde die Qualität leiden. Ausserdem könne man das nur tun, wenn die Lehrer aus ganzem Herzen dahinterstehen würden.

Mumenthaler fragte darauf, für wen denn ihrer Meinung nach das Schulmodell stimmen müsse: für den Schüler oder für den Lehrer. Roth antwortete orakelhaft: «Es ist eine Wechselwirkung.» Doch häufig beschleicht Basler Eltern tatsächlich das unguete Gefühl, dass zuerst die Bedürfnisse der Lehrer befriedigt und dann die der Schüler berücksichtigt werden.

«Wenn an einem Ort zu grosse Nachfrage besteht, kann man ja schrittweise ausbauen», versuchte David Wüest-Rudin (GLP) den Dampf noch zu wenden. Doch langfristig könne man bei der Wahlfreiheit sicherstellen, dass diejenigen Modelle angeboten werden, die vielen Kindern entsprechen.

Aber die Sorge um die Chancengleichheit und das Misstrauen gegenüber der Entscheidungssicherheit der Eltern sprach aus den Worten vieler Linker. Und der neue Bildungsdirektor

Conradin Cramer (LDP) doppelte nach, es sei nicht einfach, die neuen Modelle beliebig zu erweitern. «Schliesslich handelt es sich nicht um Konfektionsware. Es sind Modelle, die von Lehrpersonen getragen sind und von der Schule geprägt werden.» Diese könne man nicht einfach auf andere Schulen verpflanzen. Ausserdem habe er sich von Lehrern sagen lassen, dass Eltern nicht immer beurteilen könnten, welches Modell für ihre Kinder das beste sei.

Gym-Schüler können frei wählen

Michael Wüthrich (Grüne) sprach in seiner Funktion als Gymnasiallehrer und betonte, dass Gym-Schüler das Modell wählen könnten. Er erlebe dies als äusserst bereichernd. So könne man wirklich auf die Bedürfnisse der Lernenden eingehen.

Die Motionstellerin Katja Christ fragte zum Schluss: «Wovor haben Sie eigentlich Angst?» Sie spüre viel Sympathien für ihren Antrag, doch der Glaube sei tief verwurzelt, dass man die Wahlfreiheit nicht umsetzen könne. Andererseits sei eine viel grössere Reform wie die integrative Schule umgesetzt worden. Dort werde viel Geld investiert, damit auf die Schüler mit Schwierigkeiten eingegangen werden könne. «Aber dort, wo wir einen Weg ebnen könnten, damit Kinder weniger integrative Unterstützung brauchen, weil sie im richtigen Schulmodell sitzen, sehen wir nur Probleme.» Es sei ungut, einem Kind ein Schulmodell aufzudrücken, das ihm nicht entspreche. «Doch diesen Zwang gibt es an der öffentlichen Schule immer öfters.»

Ihre beschwörenden Worte und das unguete Gefühl vieler Parlamentarier gegenüber dem heutigen Schulmodell überzeugte jedoch die Mehrheit nicht: Das Parlament lehnte die Motion mit 53 Nein zu 17 Ja bei 15 Enthaltungen ab.

Nachrichten

13,4 Millionen für ein Behindertenheim

Basel. Auf dem Basler Parkplatzareal beim Bachgraben soll ein Wohnheim für 24 schwer Behinderte entstehen. Der Grosse Rat hat dafür einstimmig 13,4 Millionen Franken bewilligt. Die Bagger sollen im Dezember auffahren; bezugsbereit ist das Heim wohl im April 2019. Im künftigen Wohnheim sind vier Wohngruppen mit hohem Assistenzbedarf geplant. Ziel ist es, dass die Bewohner in einer möglichst natürlichen Familienstruktur leben können.

Hans Ammann neuer Leitender Staatsanwalt

Basel. Der Grosse Rat hat den bisherigen stellvertretenden Chef der Kriminalpolizei Hans Ammann mit 64 gegen 5 Stimmen bei 16 Enthaltungen zum Leitenden Staatsanwalt von Basel-Stadt gewählt. Er tritt die Nachfolge von Beat Voser an, der sich per Ende Mai vorzeitig pensionieren lässt. Ammann gehört der Basler Staatsanwaltschaft seit 1998 an. Die Nein-Stimmen und die meisten Enthaltungen stammen von der SP.

Grabstätte für FCB-Fans ist möglich

Basel. Eine Ruhestätte für FCB-Fans auf dem grossen kantonalen Friedhof Hörnli oder dem Wolfgottesacker beim Dreispitz ist grundsätzlich möglich. Dies sagte Baudirektor Hans-Peter Wessels in seiner Antwort auf die Interpellation des SVP-Grossrats Heinrich Überwasser. Er hatte nach der Möglichkeit einer «thematischen Grabstätte» für Anhänger des FCB gefragt, dies mit Verweis auf das Clubmotto «FCB – für immer rot-blau». Laut Wessels gibt es schon lange verschiedene Nutzungsrechte bei Familiengrabanlagen, die meist an religiöse Gemeinschaften vergeben worden seien.

Im Vorzimmer

Der Ehemann der Baselworld-Chefin erhält Aufträge in Millionenhöhe. Wie finden Sie das?

«Der Steuerzahler hat das Nachsehen»



Balz Herter.
CVP

Das finde ich sehr speziell und moralisch schwierig. Transparenz ist sehr wichtig bei staatlichen Firmen. Vor allem, weil der Steuerzahler das Nachsehen hat. Die Messe lebt ja schliesslich nicht nur von ihrem Gewinn. Da muss man definitiv ein Auge drauf haben. Wir werden das Thema an der nächsten CVP-Leitung besprechen.

«Für uns gilt es abzuwarten»



Andreas Ungricht.
SVP

Vetterliwirtschaft ist problematisch und ethisch nicht vertretbar. Die ganze Sache muss Konsequenzen haben. Es ist jetzt in erster Linie Aufgabe der Messe, die Ereignisse aufzuarbeiten. Für uns Politiker gilt es vorerst abzuwarten. Überhaupt ist die SVP geteilter Meinung, was das weitere Vorgehen angeht. Es bestehen gewisse Bisshemmungen.

«Transparenz ist das A und O»



Anita Lachenmeier.
GB

Es gibt Verfahren, die für alle gelten sollten. Da der Kanton Hauptaktionär ist, sollten auch kantonale Gesetze gelten. Dieser Zustand muss Konsequenzen im Kader nach sich ziehen. Politisch ist allerdings nicht viel zu machen. Aber prinzipiell sollten staatsnahe Betriebe viel transparenter sein. Das ist das A und O eines Rechtsstaats.

«Ich sehe das nicht so kritisch wie die BaZ»



Luca Urgese.
FDP

Der Messe-Chef René Kamm vergibt die Aufträge, nicht Sylvie Ritter. Ich beurteile die Situation nicht so kritisch wie die Basler Zeitung. Vielmehr muss man sich die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, dass der Kanton eine Minderheitsbeteiligung an solchen Unternehmen hat, sodass keine öffentliche Ausschreibung der Aufträge vonnöten ist.

«Für mich läuft alles korrekt»



Patricia von Falkenstein.
LDP

Das tut sie überhaupt nicht. Für mich läuft alles korrekt. Es kann nicht sein, dass Dany Waldner nach jahrelanger Zusammenarbeit keine Aufträge mehr erhält, nur weil die Direktorin der Baselworld jetzt seine Ehefrau ist. Das wäre grob fahrlässig. Die Messe vergibt schliesslich spezifische Aufträge, die nur wenige Firmen anbieten.

ANZEIGE

«Leisten auch Sie Ihren Einsatz»

Möchten Sie Ihre Fachkompetenz weitergeben und dabei Menschen aus anderen Kulturen begegnen? Dann besuchen Sie unsere **Info-Veranstaltung** und erfahren Sie mehr über einen Einsatz mit COMUNDO in Lateinamerika, Afrika oder Asien.

Donnerstag, 18. Mai 2017, 18.30–20.30 Uhr im RomeroHaus, 6006 Luzern

«Menschen brauchen eine Perspektive. Daher überzeugt mich die nachhaltige Arbeit von freiwilligen Fachleuten in der Entwicklungszusammenarbeit. Seit über zehn Jahren arbeite ich als Botschafter von COMUNDO. In dieser Zeit habe ich in vielen Projekten ehrenamtlich mitgearbeitet und erlebt, wie sich die Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen verbessert haben – und dies dauerhaft.»

Röbi Koller, Moderator, Journalist und COMUNDO-Botschafter



COMUNDO
begegnen und bewirken



COMUNDO ist als führende Schweizer NPO in der Personellen Entwicklungszusammenarbeit (PEZA) tätig und befähigt erfahrene Berufleute zwischen 25 und 60 Jahren für den Einsatz in Entwicklungsländern. COMUNDO finanziert sich über Spenden und öffentliche Beiträge.

Anmeldung zur Info-Veranstaltung:
www.comundo.org/info

